

ENTWURF

Antrag

des Abgeordneten Falko Droßmann (SPD)
und Fraktion
vom 17.09.2012

Betr.: Ein Deserteursdenkmal für Hamburg

Alle Hamburgerinnen und Hamburg haben die historische Verantwortung, sich umfassend mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihrer Bedeutung für Hamburg auseinanderzusetzen. Dieses wird in unserer Stadt an vielen Orten auf unterschiedlichste Art und Weise getan.

Im Rahmen einer Expertenanhörung des Kulturausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft im April diesen Jahres wurde festgestellt, dass die politische Aufarbeitung der Thematik der Deserteure im Zweiten Weltkrieg und der Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz längst nicht abgeschlossen ist. In Hamburg befanden sich allein 15 Kriegsgerichte, ein Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis, ein Wehrmachtschießplatz in Rahlstedt sowie einer im Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis, die beide eine unrühmliche Rolle inne hatten. Man kann daher mithin von einer ‚Hamburger Wehrmachtsjustiz‘ sprechen.

Geschätzte 3.000 Juristen der 1933 wieder gegründeten Sonderstraferichtsbarkeit wirkten an den Wehrmachtsurteilen die Deserteure betreffend mit. Insgesamt sollen es in Deutschland mehr als 30.000 Menschen gewesen sein, die inhaftiert, hingerichtet oder in Strafeinheiten interniert wurden. Ungefähr 15.000 Deserteure wurden hingerichtet.

Auch die Frage nach der Bedeutung eines Deserteursdenkmals wurde erörtert und damit beantwortet, dass Denkmäler „grundsätzlich ein Teil eines Netzes von Erinnerungsdiskursen und vielschichtiger Diskussions- und Partizipationsprozesse sein könne, die auch der Aufklärung und Reflexion dienen“. Hierbei wurde betont, dass bei der Errichtung eines Deserteursdenkmals auf die unterschiedlichen Motive der Deserteure und der anderen Opfergruppen der ‚Hamburger Wehrmachtsjustiz‘ eingegangen und die damalige gesellschaftliche Struktur berücksichtigt werden sollte.

Mit einem Deserteursdenkmal stellt sich Hamburg seiner Verantwortung als einer der bedeutenden Standorte nationalsozialistischer Militärjustiz. Den Opfern kann öffentlich wahrnehmbar gedacht werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschließen:

1. Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte begrüßt den einhelligen Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft, ein Deserteursdenkmal für desertierte und zu Unrecht bestrafte Angehörige der Wehrmacht zu errichten.
2. Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte teilt die Auffassung der Antragsteller, dass ein solches Denkmal in räumlichem Zusammenhang mit dem 1936 errichteten wahlweise „76er-Denkmal“ oder „Kriegsklotz“ genannten Bauwerks am Dammtordamm entstehen soll.
3. Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte bittet den Bezirksamtsleiter, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass
 - eine die besonderen historischen und künstlerischen Umstände des Geländes („76er-Denkmal / Kriegsklotz“ und das Mahnmal von Alfred Hrdlicka) am Dammtordamm berücksichtigende Planung für die Errichtung eines Deserteursdenkmals unter Beteiligung des Bezirkes

Hamburg-Mitte und es Kulturausschusses der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte stattfindet

- der im gem. Beschluss der Bürgerschaft bis zum 30.04.2013 seitens des Senates vorzulegende Realisierungsplan von Beginn an auch die Instandhaltungskosten nach einer Errichtung beinhaltet
 - bei der Planung und Entwicklung des Denkmals durch den von der Bürgerschaft beschlossenen Beirat nicht lediglich eine weitere künstlerisch-historisch hochwertige Erinnerungsstätte errichtet wird, sondern eine Nutzung als „Ort der Erinnerung“ möglich wird. Hierzu möge der Bezirksamtleiter prüfen, wie die Nutzung der Belegenheit für Veranstaltungen verbessert werden kann und dem Cityausschuss hierüber zu berichten.
4. Bereits jetzt finden in inzwischen regelmäßigen Abständen (auch von der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte unterstützte) Veranstaltungen am Ort der beiden Denk-/bzw. Mahnmale statt. Leider gestaltet sich jedoch jede öffentlich bemerkbare Erinnerungsarbeit schwierig, da lediglich ein Stromanschluss für die Beleuchtung des 76er-Denkmales vorhanden ist. Aus diesem Gründe möge der Bezirksamtsleiter prüfen und dem Cityausschuss einen Vorschlag unterbreiten, wie eine Versorgung mit Strom für künstlerische und auch Veranstaltungen der politisch-historischen Erinnerungskultur möglich wäre.